

# Badische Zeitung



Leserservice 0761 - 496 - 8200  
Private Kleinanzeigen 0761 - 496 - 8210  
Zentrale 0761 - 496 - 0  
Internet www.badische-zeitung.de

Freiburg im Breisgau · Mittwoch, 5. März 2025

Nr. 53/10 - 80. Jahrgang E 01479  
Montag - Freitag: € 2,90  
Samstag: € 3,20

BZ • medien

## USA stoppen Hilfe für Kiew - Brüssel will einspringen

Die EU-Kommission will einen milliarden schweren Verteidigungsfonds mobilisieren. Er soll auch wegfallende Hilfen Washingtons ersetzen helfen.

**BRÜSSEL** EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat einen Plan zur Stärkung der europäischen Verteidigungsausgaben vorgeschlagen, mit dem nach eigenen Angaben bis zu 800 Milliarden Euro mobilisiert werden sollen. Die Sicherheit Europas sei auf sehr reale Weise bedroht, sagte sie. „Dies ist die Stunde Europas, und wir müssen ihr gerecht werden“, erklärte sie. „Wir befinden uns in einer Ära der Aufrüstung, und Europa ist bereit, seine Verteidigungsausgaben massiv zu erhöhen.“ Der Plan sieht einen neuen Fonds in Höhe von 150 Milliarden Euro vor, um die Verteidigungsinvestitionen in der EU zu erhöhen, unter anderem für Militärhilfen für die Ukraine. Die Mittel sollen insbesondere für Luft- und Raketenabwehr, Artilleriesysteme, Drohnen sowie Cybersicherheit bereitstehen. Nur wenige Stunden zuvor hatte die Regierung von US-Präsident Donald Trump verkündet, ihre Militärhilfen für die Ukraine vorerst einzustellen.

dpa/BZ | Seite 7

## USA verdoppeln Strafzoll für Waren aus China

**WASHINGTON** US-Präsident Donald Trump beharrt auf den angekündigten Zöllen für Waren aus Mexiko, Kanada und China. Trump sagt, er halte daran fest, solange aus diesen Ländern illegale Migranten und/oder Drogen in die USA kämen. Trump kündigte an, die im Februar angeordneten Importzölle auf Waren aus China auf 20 Prozent zu verdoppeln. Zudem sind die Strafmaßnahmen auf Waren aus Kanada und Mexiko von 25 Prozent nun in Kraft. Es droht ein Handelskonflikt mit ungewissen Folgen für die Weltwirtschaft. Trumps Ankündigung ließ die Aktienmärkte einbrechen. Laut *New York Times* machten die Importe aus Kanada, Mexiko und China zusammen mehr als 40 Prozent aller US-Importe aus. **dpa/BZ** | Leitartikel, Seite 2; Seiten 4 und 16

## Das erwarten die Bürger von der Zukunft

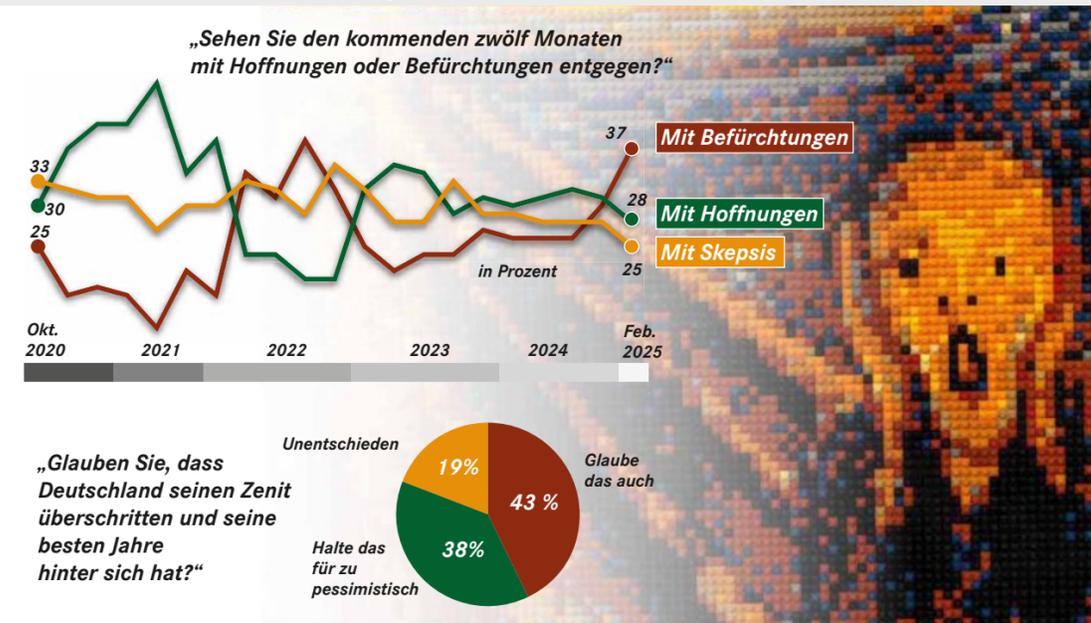


Foto: HOHLFELD (IMAGO)

Basis: BADEN-WÜRTTEMBERG, BEVÖLKERUNG AB 18 JAHRE QUELLE: ALLENSBACHER ARCHIV, IFD-UMFRAGEN, ZULETZT 6184/IV

# Viele Baden-Württemberger blicken sorgenvoll nach vorn

Angesichts diverser Krisen und einer schlechten Wirtschaftslage schwindet bei zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern der Optimismus. Mit Blick auf die klammen Staatskassen hält nur noch eine Minderheit an der Schuldenbremse fürs Land fest.

Von Miriam Hinze und Ronny Gert Bürckholdt

**FREIBURG** Laut BaWü-Check blicken 37 Prozent der Baden-Württemberger mit Befürchtungen in die Zukunft. Das ist ein Anstieg um elf Punkte innerhalb eines halben Jahres. Diese Zeit war geprägt von Donald Trumps Rückkehr ins Weiße Haus und der geplatzten Ampel in Deutschland mit dem anschließenden, hitzigen Wahlkampf. Die repräsentative Umfrage nahm das Institut



für Demoskopie Allensbach im Auftrag der hiesigen Zeitungsverlage Anfang Februar vor – kurz vor der Bundestagswahl. Ähnlich ausgeprägt wie jüngst war die Besorgnis nur kurz nach dem russischen Überfall auf die gesamte Ukraine 2022 und während der folgenden Energiepreiskrise. Die Zahl der Optimisten ist auf 28 Prozent gesunken. Thematisch konzentriert sich der neue BaWü-Check auf die Budgets von Staat und Bürgern. Die finanzielle Lage Baden-Württembergs halten 54 Prozent für nicht gut (nach 36 Prozent vor zweieinhalb Jahren), 35 Prozent für gut (damals: 47 Prozent).

Angesichts der klammen Kassen wollen 50 Prozent der Befragten, dass die Schuldenbremse fürs Land gelockert wird. Im Gegensatz zum Bund dürfen die Bundesländer unter keinen Umständen neue Schulden machen. 36 Prozent der Befragten finden es richtig, daran festzuhalten.

Während viele Menschen Einsparungen staatlicher Leistungen für die Bürger ablehnen, soll der Staat bei sich selbst sparen. 62 Prozent wollen, dass der Landtag verkleinert wird; 60 Prozent, dass Ministerien zusammengelegt werden; 45 Prozent, dass Landkreise oder Gemeinden fusionieren. 33 Prozent sind dafür, Personal in der öffentlichen Verwaltung abzubauen.

Gleichzeitig ist der Glaube in die Problemlösungskompetenz des Staates gering. 28 Prozent haben großes oder sehr großes Vertrauen in die Kommunen, dass bei nötigen Einsparungen vor Ort gute Entscheidungen gefällt werden. 42 haben ein „weniger großes“, 17 Prozent „kaum oder gar kein Vertrauen“. **Seite 2**

## TAGESSPIEGEL

Einigung bei Union und SPD

## Ein großer Schritt

Von Daniela Vates

Der erste schwarz-rote Schritt ist rasant erfolgt – es ist ein riesengroßer. Nur neun Tage nach der Bundestagswahl haben sich Union und SPD auf einen Finanzrahmen geeinigt. In Windeseile hat die Union dabei ihr bisheriges Mantra über Bord geschmissen: Die Schuldenbremse ist nicht mehr tabu. Das ist der richtige Weg. Denn das Wirtschaftswachstum, Kürzungen beim Bürgergeld und Einsparungen über die Migrationspolitik reichen, um den riesigen Finanzbedarf zu decken, was schon im Wahlkampf unrealistisch. Aber die Union wollte der rot-grünen Restregierung keinen Erfolg mehr gönnen. Nun musste Friedrich Merz eine 180-Grad-Wende hinlegen. Es blieb ihm nichts anderes übrig. Der Finanzbedarf für die Sicherheitspolitik ist nicht erst seit dieser Woche riesig, die jüngsten Ausfälle von US-Präsident Donald Trump haben dies nur noch einmal bestätigt. Und es ist wichtig, auch für zentrale Alltagsprobleme und für die Wirtschaft Geld übrig zu haben, statt die Stimmung weiter zu verschlechtern. Weil die Union ihre Blockade bei der Schuldenbremse aufgegeben hat, könnten nun auch die Grünen ins Boot geholt werden. Das Problem ist: Die Union hat die Grünen im Wahlkampf als Partei zur Seite gewedelt, mit der unmöglich zusammenzuarbeiten sei. Das war völlig überzogen. So hat Merz vor diesem großen und mutigen Schritt doch auch seine Schwächen gezeigt: zu viel Taktiererei und zu wenig Weitsicht.

## Das Wetter

Nach Fröhnnebel strahlender Sonnenschein. Um 16 Grad.



Wetterbericht, Seite 26

## Die Börse in Kürze

04.03.2025

DAX	Dow Jones	Euro
22326,81	42890,74	1,0557 \$
- 3,54 %	- 0,70 % / 20:20 Uhr	+ 0,88 %

Börsenkurse und Wirtschaft, Seite 15

## VOR ORT

## Land kauft Kirchen-Areal in der Nähe der Uniklinik

Die neben dem Parkhaus der Freiburger Uniklinik stehende Kirche St. Josef ist verkauft – samt Grundstück, auf dem sie steht. Der neue Eigentümer ist das Land Baden-Württemberg, das dort für das benachbarte Klinikum sowie Institute der Medizinischen Fakultät neu bauen will. Alle Kirchengebäude auf dem Areal sollen abgerissen werden, unter anderem der Kindergarten St. Josef. Geplant ist, dass dieser vor dem Abriss in das neue Quartier Kleineschholz ziehen wird. Wann das sein wird, ist offen. **Freiburger Zeitung, Seite 17**

Kultur	Seite 9
Fernsehprogramm	Seite 11
Sport	Seite 12
Kreuzwörterrätsel	Seite 32

## UNTERM STRICH

## Mehr Dreck wagen

Bakterien und andere Mikroben wollen wir meist nicht an uns heranlassen. Doch wenn sie dann mal fehlen, ist es auch wieder nicht gut. Das merkt man etwa auf der ISS.

Außerirdische haben's gut. Jedenfalls die vom Planeten Melmac. Zur Erinnerung: Das ist der Heimatplanet des zotteligen Weltraumwesens Alf, das in den 80ern in die Garage der US-Familie Tanner krachte und von dort in die Fernseher weltweit waberte. Gut haben's die Melmacaner, weil sie nie krank werden. Das liegt, so wird es in einer Folge der Sitcom erzählt, an einer Pflanze namens Kiffwurz. Die

mache die Bevölkerung immun gegen Krankheiten aller Art. Wegen dieser hat Alf vermutlich auch die lange Reise vom Melmac so unbeschadet überstanden.

Irdische Raumfahrer sind da weniger gesegnet. Die haben keine Kiffwurz zur Hand, und so kommt es bei Astronauten nach Aufhalten auf der Internationalen Raumstation ISS oft zu Hautausschlägen, Pilzinfektionen oder Gürtelrosen, wenn sie zur Erde zurückkehren. Grund dafür, so die Wissenschaftler in einem Artikel des Fachmagazins *Cell*, sei die sterile Umgebung der Station. Die wirke sich negativ auf die Gesundheit der Raumfahrer aus, lasse das Immunsystem erschlaffen.

Die Lösung, so die Forscher, könnte einfach sein: Mehr Dreck wagen. Und weil es davon dort oben nicht genug gebe

und man nicht einfach das Fenster öffnen kann, um Staub und Bakterien rein zu lassen, muss man den Dreck eigens nach oben bugsieren. Nur wie? Bislang kann man über Amazon keine Mikroben auf die ISS liefern lassen. Und letztlich komme es auch auf die Art der Mikroben an. Einfach mal Heuballen und ein paar Fässer Pferdemit dort oben auszuschießen, würde das Immunsystem der Raumfahrer womöglich nicht im gewünschten Umfang ankurbeln.

Auf die Ausweitung der Raumfahrt zu hoffen und darauf, bald nach Melmac reisen zu können, um dort Kiffwurz in größeren Mengen zu ernten, sollte man indes nicht setzen. Der Planet soll schließlich, Alfs Schilderungen zu Folge, kurz nach seinem Abheben explodiert sein.

Von Michael Saurer



## Union und SPD einigen sich auf Milliardenkredite

**BERLIN** Union und SPD wollen Milliardenkredite für Verteidigung und Infrastruktur ermöglichen. Das kündigten die Verhandlungsteams nach drei Sondierungsrunden an. Zum einen solle die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse für bestimmte Verteidigungsausgaben gelockert werden, sagte CDU-Chef Friedrich Merz. Außerdem solle ein Sondervermögen für die Instandsetzung der Infrastruktur mit 500 Milliarden Euro geschaffen werden. Beide Beschlüsse sollen noch vom alten Bundestag getroffen werden. **dpa** | Tagesspiegel und Seite 6

Freiburg im Breisgau



4 190147 902902

3 1010